



DVMD Deutscher Verband
Medizinischer Dokumentare e. V.

Satzung

verabschiedet am 17.09.1985

mit Nachtrag vom 21.09.1986

mit Nachtrag vom 07.07.1989

mit Nachtrag vom 16.09.1991

mit Nachtrag vom 06.05.1999

mit Nachtrag vom 19.10.2000

mit Nachtrag vom 01.04.2004

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- 1) Der Verband führt den Namen „Deutscher Verband Medizinischer Dokumentare e.V.“, abgekürzt DVMD.
- 2) Der Geschäftssitz des Verbandes ist Ulm. Der Verband ist im Vereinsregister Ulm eingetragen.
- 3) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck und Aufgaben

- 1) a) Der Verband dient der Aus-, Weiter- und Fortbildung im Bereich der medizinischen und naturwissenschaftlichen Dokumentation.
b) Der Verband vertritt die Interessen seiner Mitglieder, insbesondere gegenüber Behörden, Tarifpartnern und anderen Verbänden.
- 2) Er tritt insbesondere ein für
 - a) die Erarbeitung des Berufsbildes des Dokumentars und Dokumentationsassistenten im medizinischen und naturwissenschaftlichen Bereich,
 - b) die staatliche Anerkennung dieser Berufsbilder, den Schutz ihrer Berufsbezeichnungen und die Verankerung in Tarifverträgen,
 - c) die Schaffung von staatlich anerkannten Ausbildungsgängen und Ausbildungsinstitutionen,
 - d) die nationale und internationale Kooperation im Bereich der medizinischen und naturwissenschaftlichen Dokumentationsausbildung,
 - e) den Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern.
- 3) Der Verband arbeitet mit anderen Organisationen und Vereinigungen, die sein Arbeitsgebiet berühren, zusammen und ist in diesem Bereich um neue Kontaktaufnahmen bemüht. Solche anderen Organisationen und Vereinigungen, mit denen die Zusammenarbeit gesucht wird, sollen einen jährlichen, finanziellen Beitrag leisten, über den die Mitgliederversammlung im Einzelfall entscheidet.
- 4) Der Verband ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- 5) Mittel des Verbandes dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes.
- 6) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Mitgliedschaft

- 1) Ordentliches Mitglied kann jede natürliche Person werden, die
 - a) eine Ausbildung abgeschlossen hat, die durch den Verband anerkannt wurde,
 - b) sich in einer dieser Ausbildungen befindet
 - c) einen Lehrgang absolviert hat, der mit einem Zeugnis der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie e.V. (GMDS) über die Befähigung abgeschlossen hat, Aufgaben eines Medizinischen Dokumentars zu übernehmen
 - d) keine der anerkannten Ausbildungen abgeschlossen hat, aber in einer vergleichbaren Tätigkeit auf dem Gebiet der medizinischen oder naturwissenschaftlichen Dokumentation seit mindestens einem Jahr arbeitet und die Befähigung der unter a) und c) genannten Personen nachweisen kann.
- 2) „Schnuppermitglied“ kann jeder Auszubildende einer vom Verband anerkannten Ausbildung werden. Die „Schnuppermitgliedschaft“ ist auf ein Kalenderjahr begrenzt und von der ordentlichen Mitgliedschaft ausgeschlossen.
- 3) Förderndes Mitglied kann jede juristische oder natürliche Person werden, die nicht die Anforderungen von 1) erfüllt, aber bereit ist, die Ziele des Verbandes ideell und materiell zu fördern. Fördernde Mitglieder haben beratende Funktion.
- 4) Ehrenmitglieder können auf Vorschlag durch die Mitgliederversammlung ernannt werden.
- 5) Dem Aufnahmeantrag ist ein Nachweis über die Erfüllung der Mitgliedschaftskriterien nach 1), 2) bzw. eine Erklärung nach 3) beizufügen.
- 6) Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand (außer 4)

§ 4 Meldepflicht

Jedes Mitglied ist verpflichtet, Namens-, Adress- oder Kontoänderungen dem Vorstand unverzüglich mitzuteilen. Durch Versäumnis entstehende Kosten trägt das Mitglied.

§ 5 Mitgliedsbeitrag

- 1) Die Höhe des Mitgliedsbeitrages für ordentliche Mitglieder wird von der Mitgliederversammlung festgesetzt. Bei Aufnahme nach dem 1. Juli beträgt der Mitgliedsbeitrag für das erste Jahr die Hälfte des regulären Mitgliedsbeitrags.
- 2) Fördernde Mitglieder zahlen oder leisten, wozu sie sich gegenüber dem Vorstand verpflichtet haben.
- 3) Die Ehrenmitgliedschaft ist beitragsfrei.
- 4) In Härtefällen kann der Vorstand den Mitgliedsbeitrag für ein ordentliches Mitglied auf Antrag herabsetzen oder erlassen.
- 5) Der Mitgliedsbeitrag ist zum 31. März eines jeden Jahres fällig.
- 6) Nichtbezahlte Mitgliedsbeiträge werden stufenweise gemahnt. Die letzten beiden Mahnungen werden per Einschreiben mit Rückschein zugestellt. Die letzte Mahnung enthält die Ankündigung des Ausschlusses aus dem Verband bei Nichtbezahlen bis zu einem festgelegten Termin.
- 7) Mahnungen sind gebührenpflichtig.
- 8) Herstellung und Versand einer Fachzeitschrift, die vom DVMD herausgegeben wird, ist im Mitgliedsbeitrag sowie in der beitragsfreien Mitgliedschaft enthalten.
- 9) Die „Schnuppermitgliedschaft“ ist beitragsfrei.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

- 1) Die Mitgliedschaft erlischt - außer durch Tod bzw. Auflösung einer juristischen Person – durch
 - a) schriftliche Austrittserklärung an den Vorstand mit sechswöchiger Frist zum Ende des Kalenderjahres (Datum des Poststempels).
 - b) Ausschluss.
- 2) Der Ausschluss kann mit Zustimmung des Vorstandes beschlossen werden, wenn ein Mitglied
 - a) trotz wiederholter Mahnung seine Beitragspflicht nicht erfüllt.
 - b) die Interessen des Verbandes schwerwiegend schädigt.
- 3) Der Ausschlussbeschluss ist dem Mitglied mit Begründung zuzustellen. Dieses kann innerhalb eines Monats dagegen Einspruch erheben, der von der Mitgliederversammlung entschieden wird. Der Einspruch ist schriftlich beim Vorstand einzureichen und von ihm der nächsten Mitgliederversammlung zur Entscheidung vorzulegen. Er hat aufschiebende Wirkung
- 4) Die „Schnuppermitgliedschaft“ endet mit dem laufenden Kalenderjahr und geht automatisch in eine ordentliche Mitgliedschaft über. Eine Kündigung der „Schnuppermitgliedschaft“ muss gemäß Punkt 1 erfolgen.

§ 7 Organe

- 1) Die Organe des Verbandes sind
 - a) der Vorstand,
 - b) die Mitgliederversammlung.
- 2) Über jede Tagung und Sitzung ist ein Protokoll zu fertigen, das vom Leiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen und jedem Mitglied des Organs innerhalb angemessener Frist zuzuleiten ist.

§ 8 Mitgliederversammlung

- 1) Die Mitgliederversammlung ist mindestens einmal im Jahr durch schriftliche Einladung des Vorstandes oder durch Veröffentlichung im amtlichen Organ des Verbandes unter Angabe der Tagesordnung mit vierwöchiger Frist einzuberufen. Auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Mitglieder hat der Vorstand eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen.
- 2) Beschlussfähig ist die Mitgliederversammlung bei Anwesenheit von mindestens 10 Personen ausschließlich des Vorstands. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst (Ausnahme §8.4h in Verbindung mit § 13; § 8.6; § 9.6). Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt.
- 3) Ordentliche Mitglieder und Ehrenmitglieder haben jeweils eine Stimme. Stimmenübertragung ist unzulässig.
- 4) In die Zuständigkeit der Mitgliederversammlung fallen alle grundsätzlichen Angelegenheiten des Verbandes, insbesondere
 - a) Genehmigung der Satzung und Satzungsänderungen (§ 8.6),
 - b) Festlegung der Grundlagen für die Vorstandsarbeit,
 - c) Abwahl von Vorstandsmitgliedern (§9.6),
 - d) Entlastung des Vorstands, Wahl von zwei Rechnungsprüfern, Genehmigung der Jahresrechnung und Entgegennahme des Jahresberichtes,
 - e) Genehmigung des Protokolls der vorherigen Mitgliederversammlung,
 - f) Entscheidung über Anträge von Mitgliedern,
 - g) Entscheidung über Einsprüche von Mitgliedern (nach §6.3),
 - h) Auflösung des Verbandes (§ 13),
 - i) Festlegung des Mitgliedsbeitrages (§ 5),
 - k) Ernennung von Ehrenmitgliedern (§ 3.3).
- 5) Anträge sind in schriftlicher Form beim Vorstand einzureichen.
- 6) Satzungsänderungen können mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen werden, sofern die Einladung zur Mitgliederversammlung den Tagesordnungspunkt "Satzungsänderung" enthalten hat.
- 7) Der Vorstand kann Beschlüsse, die in die Zuständigkeit der Mitgliederversammlung fallen und aus Termingründen nicht bis dahin verschoben werden dürfen, auch durch schriftliche Abstimmung herbeiführen.
 - a) Die vorbereitenden Unterlagen mit Stimmzetteln sind mindestens vier Wochen vor Einsendeschluss an die Mitglieder zu verschicken.
 - b) Einsendeschluss und Adressat für die Stimmzettel sind den Mitgliedern mit a) schriftlich mitzuteilen.
 - c) Die Stimmenauszählung wird durch den Schriftführer - zusammen mit einem weiteren Verbandsmitglied, das nicht dem Vorstand angehört - vorgenommen. Dessen Name ist den Mitgliedern ebenfalls mit a) mitzuteilen.
 - d) Die Gültigkeit der Stimmzettel wird nach §§11 bis 11b bestimmt.
 - e) Das Ergebnis der Abstimmung ist den Mitgliedern spätestens zwei Monate nach Einsendeschluss schriftlich mitzuteilen.
- 8) Vertretern von Vereinigungen oder Organisationen, mit denen der Verband entsprechend der Bestimmung des §2.3 zusammenarbeitet, kann der Vorstand für die gesamte oder teilweise Dauer der Mitgliederversammlung Rederecht einräumen. Bei Uneinigkeit hat der Vorstand an Ort und Stelle einen mehrheitlichen Vorstandsbeschluss zu treffen.

§ 9 Zusammensetzung des Vorstands

- 1) Der Vorstand besteht aus
 - a) dem Vorsitzenden,
 - b) zwei Stellvertretern,
 - c) dem Schatzmeister,
 - d) dem Schriftführer.
- 2) Unter den Vorstandsmitgliedern b) bis d) kann höchstens ein Mitglied aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder nach § 3.1b sein.

- 3) Die Wahl ist entsprechend §11 (Wahlordnung) durchzuführen.
- 4) Die Amtszeit des Vorstands endet einen Monat nach der Wahl des neuen Vorstands. Wiederwahl ist zulässig. Der neue Vorsitzende sollte in einer früheren Amtsperiode bereits dem Vorstand angehört haben.
- 5) Scheiden Vorstandsmitglieder während der Amtsdauer aus, so kann sich der Vorstand bis zur nächsten Mitgliederversammlung aus den Reihen der ordentlichen Mitglieder ergänzen.
- 6) Vorstandsmitglieder sind vor Ablauf einer Amtsperiode mit Zweidrittelmehrheit von der Mitgliederversammlung abwählbar, sofern die Einladung einen entsprechenden Tagesordnungspunkt enthält.

§ 10 Stellung des Vorstands

- 1) Der Vorsitzende vertritt mit einem seiner Stellvertreter oder mit dem Schatzmeister den Verband im Sinne des § 26 BGB.
- 2) Im übrigen führt der Vorsitzende die laufenden Verbandsgeschäfte, sofern nicht durch diese Satzung oder einen Vorstandsbeschluss anders bestimmt.
- 3) Der Vorstand muss seinen Wohnsitz im Geltungsbereich der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland haben.
- 4) Der Vorstand tritt mindestens viermal pro Jahr zusammen.
- 5) Der Vorstand ist mit mindestens drei anwesenden Mitgliedern beschlussfähig. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden gefasst.

§ 11 Wahlordnung

- 1) Wahlverfahren
Die Mitglieder des Vorstands werden von den wahlberechtigten Mitgliedern in unmittelbarer, freier und geheimer Mehrheitswahl ausschließlich durch Briefwahl für die Dauer von drei Jahren gewählt.
- 2) Wahlberechtigung und Wählbarkeit
 - a) Wahlberechtigt sind alle eingetragenen, ordentlichen Mitglieder des Verbandes sowie Ehrenmitglieder.
 - b) Wählbar ist jeder Wahlberechtigte (Einschränkung siehe §9.2), außer Ehrenmitgliedern.
- 3) Wahltag
Der Wahlleiter legt in Absprache mit dem Vorstand die Frist zum Eingang der Wahlbriefe fest. Die Frist beträgt mindestens einen Monat. Der Vorstand des Verbandes bestimmt Termin und Ort der Bekanntgabe des Wahlergebnisses.
- 4) Wahlleiter
Zur Durchführung der Wahl wird vom Vorstand
 - a) ein Wahlleiter bestellt. Der Wahlleiter muss nicht Mitglied des Verbandes sein.
 - b) Der Vorstand gibt durch Rundschreiben Name und Anschrift des Wahlleiters bekannt.
 - c) Der Wahlausschuss setzt sich zusammen aus dem Wahlleiter, zwei Wahlhelfern und einem Schriftführer. Die Mitglieder des Wahlausschusses dürfen keine Kandidaten sein. Der Wahlleiter bestimmt Wahlhelfer und Schriftführer.
- 5) Aufstellung der Wahlvorschlagsliste
Der Wahlleiter bittet durch Rundschreiben um Wahlvorschläge. Die Form der Wahlvorschläge wird vom Wahlleiter vorgegeben. Wahlvorschläge kann jedes Mitglied an den Wahlleiter richten.
- 6) Wahlliste
Die Wahlliste enthält die endgültigen Kandidaten und wird durch den Wahlleiter aufgestellt.
- 7) Wählerverzeichnis
Der Vorstand übergibt dem Wahlleiter eine Liste aller wahlberechtigten Mitglieder des Verbandes. Jedes wahlberechtigte Mitglied ist durch eine fortlaufende Wahlnummer auf dieser Liste zu kennzeichnen.
- 8) Wahlunterlagen
 - a) Allen wahlberechtigten Mitgliedern werden die Wahlunterlagen per Post zugestellt.

- b) Die Wahlunterlagen bestehen aus folgenden Teilen:
 1. Brief des Wahlleiters mit Bekanntgabe der Frist für die Briefwahl und von Termin und Ort der Bekanntgabe des Wahlergebnisses sowie die Wahlanleitung,
 2. Wahlliste mit Vorstellung der Kandidaten,
 3. Wahlumschlag (mit Wahlnummer nach § 11.7),
 4. Stimmzettel,
 5. Umschlag mit Adresse des Wahlleiters für die Rücksendung des Wahlbriefes.
- 9) Durchführung der Wahl
 - a) Fristgerecht eingegangene Wahlbriefe werden beim Wahlleiter bis zum Wahltag ungeöffnet gelagert.
 - b) Der Eingang der Wahlbriefe ist im Wählerverzeichnis zu kennzeichnen.
 - c) Wahlbriefe, die nach dem festgesetzten Termin eingehen, verbleiben bei den Wahlunterlagen des neuen Vorstands. Sie werden bei der Wahl nicht berücksichtigt.
- 10) Feststellung des Wahlergebnisses
 - a) Gewählt ist, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt.
 - b) Die Ausübung von mehreren Ämtern ist nicht zulässig.
 - c) Bei Stimmgleichheit entscheidet das von dem an Jahren jüngsten Mitglieds des Wahlausschusses gezogene Los.
- 11) Ungültige Stimmzettel und Stimmen
 - a) Über Gültigkeit oder Ungültigkeit von Stimmzetteln entscheidet der Wahlleiter.
 - b) Ungültig sind Stimmzettel,
 - 1) die nicht im vorgesehenen Umschlag zurückgeschickt wurden oder nicht mehr als solche erkennbar sind.
 - 2) die außer den Wahlkreuzen noch irgendeine Kennzeichnung tragen.
 - 3) wenn für ein Amt mehr als die zulässige Stimmenzahl vergeben wurde.
 - 4) wenn sich in einem Wahlumschlag mehr als ein Stimmzettel befindet.
- 12) Bekanntgabe des Wahlergebnisses
 - a) Der Wahlleiter gibt an dem nach § 11.3 festgelegten Termin und Ort das Wahlergebnis bekannt und fordert die Gewählten zur Erklärung über die Annahme der Wahl auf. Die Bekanntgabe des Wahlergebnisses erfolgt öffentlich. Alle Mitglieder werden dazu eingeladen. Findet die Bekanntgabe im Rahmen einer Mitgliederversammlung statt, muss die Einladung hierzu einen gesonderten Tagesordnungspunkt enthalten. Alternativ dazu kann die öffentliche Bekanntgabe des Wahlergebnisses auch im amtlichen Organ des Verbandes oder in einem Rundschreiben an alle Mitglieder erfolgen.
 - b) Ist einer der Gewählten bei der Bekanntgabe des Wahlergebnisses nicht anwesend, so ist dieser schriftlich von seiner Wahl in Kenntnis zu setzen. Die Wahl gilt als angenommen, wenn innerhalb von 14 Tagen keine gegenteilige Erklärung beim Wahlleiter eingeht.
- 13) Nachrücken von Wahlkandidaten

Das Nachrücken von Kandidaten im Falle des Ablehnens der Wahl richtet sich nach der höchsten Stimmenzahl.
- 14) Anfechtung der Wahl
 - a) Einspruch gegen die Wahl kann jeder Wahlberechtigte binnen 14 Tagen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses beim Wahlleiter einlegen. Über den Einspruch entscheidet der Wahlleiter. Die Entscheidung ist zu begründen und dem Einspruchführenden zuzusenden.
 - b) Ein Rechtsmittel kann nur darauf gestützt werden, dass gegen Rechtsvorschriften verstoßen wurde.
 - c) Eine Wahl kann nur dann für ungültig erklärt werden, wenn der Verstoß geeignet war, das Ergebnis der Wahl zu beeinflussen.
- 15) Aufbewahrung der Wahlunterlagen

Die gesamten Wahlunterlagen sind zwölf Monate nach Ablauf des Wahltags bei dem Vorsitzenden des Verbandes unter Verschluss zu verwahren. Danach sind sie zu vernichten.

- 16) Wahlprotokoll
Über die Wahl ist vom Schriftführer des Wahlausschusses ein Protokoll zu fertigen und dem Vorstand zu übergeben.
- 17) In Ausnahmefällen kann die Wahl (Abgabe der Wahlbriefe, Auszählung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses) auch während der Mitgliederversammlung stattfinden. Die Wahlunterlagen werden in jedem Fall rechtzeitig vorher allen Mitglieder per Post zugesandt.

§ 12 Regionalgruppen und Projektgruppen

Zur Erfüllung der Aufgaben und zur Koordination der Aktivitäten gliedert sich der DVMD in Vorstand, Projektgruppen und Regionalgruppen

- 1) Regionalgruppen
 - a) Die Regionalgruppen unterstützen den Vorstand in seiner Regionalarbeit (z.B. Vertretung auf Messen) und dienen der Kommunikation zwischen dem Vorstand und den Mitgliedern des DVMD.
 - b) Die Mitglieder der Regionalgruppe bestimmen einen Sprecher und einen Stellvertreter, die beide Mitglieder des DVMD sein müssen.
 - c) Die Sprecher der Regionalgruppen berichten dem Vorstand regelmäßig über die Tätigkeiten der Regionalgruppen. Jede Regionalgruppe kann jährlich beim Vorstand ein Budget beantragen, um die geplanten und vom Vorstand zu genehmigenden Aktivitäten zu finanzieren.
 - d) Die Sprecher der Regionalgruppen kündigen dem Vorstand die Termine ihrer Treffen an, sobald ihnen diese bekannt sind. Dem Vorstand ist einmal jährlich ein Tätigkeitsbericht spätestens sechs Wochen vor der Mitgliederversammlung vorzulegen. Über die Arbeit der Regionalgruppen wird der Mitgliederversammlung berichtet.
- 2) Projektgruppen
 - a) Projektgruppen können auf Vorschlag von Mitgliedern oder des Vorstands gegründet werden.
 - b) Projektgruppen bestehen aus einem Projektverantwortlichen und ggf. einem Projektteam.
 - c) Der Projektverantwortliche erstellt einen detaillierten Projektplan einschließlich Ziel, Zeitplan und Budget und berichtet dem Vorstand regelmäßig über das Fortschreiten des Projektes.

§ 13 Auflösung des Verbandes

- 1) Die Auflösung des Verbandes kann nur auf einer zu diesem Zweck besonders einberufenen Mitgliederversammlung erfolgen. Bei dieser Mitgliederversammlung müssen mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sein. Zum Beschluss der Auflösung ist die Zustimmung von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder erforderlich.
- 2) Ist diese Mitgliederversammlung beschlussunfähig, so entscheidet nach nochmaliger Einberufung und unter Beachtung von § 8.2 ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen die einfache Mehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder.
- 3) Bei Auflösung oder Aufhebung des Verbandes fällt das Vermögen des Verbandes nach Abdeckung aller Verbindlichkeiten an die GMDS, die es ausschließlich für die Ausbildungsförderung im Bereich der medizinischen und naturwissenschaftlichen Dokumentation zu verwenden hat.

§ 14 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit erfolgter Eintragung im Vereinsregister in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung außer Kraft.